Kosten nicht absehbar

Diskussion um Sanierung von Straßen in Rotenburg

VON HERBERT VÖCKEL

Bei dem Treffen sprachen unter anderem Bürgermeister Christian Grunwald (linkes Bild) und BI-Sprecher Hans Wagner (rechts). FOTOS: HERBERT VÖCKEL

Rotenburg – Welche Straßen in der Stadt Rotenburg sind sanierungsbedürftig? Diese Frage versuchte Klaus Esche in einem Treffen der örtlichen Bürgerinitiative (BI) Straßenbeitragsfreies Hessen im Sitzungssaal des Rathauses zu beantworten.

Der Redner listete dabei unter „Bestand“ alle 282 Straßen der Stadt mit einer Gesamtfläche von 528 000 Quadratmetern auf. Davon seien zwölf mit einer Fläche von 9840 Quadratmetern in einem sehr schlechten Zustand. Das entspreche zwei Prozent des Gesamtbedarfs. Weitere 52 Prozent der Straßen seien in einem schlechten Zustand.

Vordringlich müssten zwei Straßen in einem Jahr saniert werden. Die Analyse der Bestandsbewertung aus dem Vorjahr belege zudem die Notwendigkeit der Sanierung von 89 Straßen in den nächsten 21 Jahren sowie weitere 54 in darauf folgenden 18 Jahren. Esche stellte die zu erwarteten Straßenausbaubeiträge für die Anlieger nach dem derzeitigen Stand (Einmalzahlung in Raten bis zu 20 Jahre) vor.

Dafür gab es Widerspruch. „Das sind fiktive Kosten, die wir so nicht stehen lassen können“, sagte Bürgermeister Christian Grunwald. Bei einer Straßensanierung würde die Stadt die Grundstückseigentümer in einer Anliegerversammlung über die zu erwartenden Beiträge informieren. Auch das wären dann nur anzunehmende Kosten, stellte BI-Sprecher Hans Wagner fest. Wie die explodieren könnten, hätten der Brückenneubau an der B 83 zwischen Lispenhausen und Bebra und die Nachfinanzierung des Familienzentrums in Rotenburg gezeigt.

Sowohl Wagner als auch Bürgermeister Grunwald hoffen, dass es erst gar nicht zu Straßenausbaubeiträgen für Anlieger kommt. Das Gesetz zur Abschaffung in Hessen wird bereits zum dritten Mal in den Landtag eingebracht. Dazu findet am 9. Mai eine öffentliche Anhörung im Innenausschuss in Wiesbaden statt. Er werde als Zuhörer auf der Besuchertribüne daran teilnehmen, kündigte Wagner an.

Gern hätte er bei dem Treffen in Rotenburg die heimischen Landtagsabgeordneten Lena Arnoldt (CDU) und Kaya Kinkel (Grüne) auf die Forderung der Bürgerinitiativen und der Bürgermeister des Landkreises Hersfeld-Rotenburg eingeschworen, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Beide hätten im Wahlkampf damit geworben, den ländlichen Raum zu stärken, sich für das Treffen in Rotenburg aber abgemeldet. Die Landtagsabgeordnete Karina Fissmann (SPD) sprach sich dafür aus, gemeinsam in Wiesbaden Druck zu machen, damit die Kommunen die Kosten für den Straßenausbau vom Land erstattet bekommen.

Über den Stand der Straßenausbaubeiträge in Hessen informierten Andreas Schneider von der Arbeitsgemeinschaft Hessischer Bürgerinitiativen und Michael Schreiber vom Verband Wohneigentum Hessen die Besucher des Treffens im Sitzungssaal des Rathauses in Rotenburg. Ihre Themen unter dem Motto „Weg mit den Straßenausbaubeiträgen“ waren Lösungsvorschläge für die Finanzierung auf Landesebene und in den Kommunen. Moderatorin war Andrea Müller-Nadjm aus Nentershausen. Mit einer regen Diskussion wurde die Informationsveranstaltung nach zweieinhalb Stunden beendet.